

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis monatlich durch die Post bezogen 200 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs-Anzeigen 600 Mt., Zahlstellen-Anzeigen 100 Mt. für die 3 gepost. Wochenteile. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15, Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Riemann, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Unternehmer und Lohnpolitik.

Während die Augen der ganzen Welt gespannt auf das Ruhrgebiet gerichtet waren, die Haltung der Arbeiter mit Achtung und Bewunderung betrachtend, brachen dort plötzlich putschartige Bewegungen aus. In den einzelnen Betrieben wurden ohne Zutun der Verbände Lohnforderungen gestellt, terroristische Banden zwangen die Belegschaften zur Arbeitseinstellung, die Parole Generalstreik wurde ausgegeben, und bald kam es hier, bald da nicht nur zur Arbeitseinstellung, sondern zu umfangreichen Gewalttätigkeiten, zu Straßenkämpfen und Blutvergießen. Es sah aus, als solle die Kampffront der Ruhrarbeiter, die so prächtig gegen die französischen Eindringlinge standgehalten hatte, von innen heraus zerbrochen werden. Den Franzosen war diese Bewegung als lachendem Dritten natürlich willkommen, sie sahen sich schon als Herr der Lage.

In ganz Deutschland hat die Zermürbung der Ruhrfront Aufsehen und Bedauern ausgelöst. Es ist selbstverständlich, daß die Frage, wer der Schuldige sei, eifrig besprochen wird. Hierin klar zu sehen, ist nicht leicht. In jedem Kampfe schwirren unkontrollierbare Gerüchte durch die Luft, und an solchen hat es auch beim Ruhrkampf nicht gefehlt. Es ist im höchsten Grade bedauerlich, daß die Sensationslust auch in so ernsten Angelegenheiten Triumphe feiern muß. Damit wird der Sachverhalt verwischt, und je nach der Einstellung des Berichterstatters werden Stimmungen erzeugt, die den Tatsachen nicht gerecht werden. Insbesondere haben die rechtsbolschewistischen Kreise, die ihre Organisationsfähigkeit immer mit dem Hinweis auf die Wählbarkeit der Linksbolschewisten begründen, Wasser auf ihre Mühlen zu leiten verstanden. Dies ist ihnen diesmal durch das Verhalten der Kommunisten nur allzu leicht gemacht worden. Dieser Vorwurf soll weniger die Zentrale der kommunistischen Partei als die kommunistischen Ortsgruppen im Ruhrgebiet treffen, die sich nach Kräften bemüht haben, ihr Schuldkonto zu belasten. Ein Wunder ist das nicht. Die Leute, die das Wort von der politischen Bühne so aufzufassen, als sei die Politik nichts anderes als Theater, bemühen sich nach Kräften mitzuspielen, und da es auch Kommunisten gibt, die die tagtäglich neugeprägten Schlagworte ernst nehmen, so marschieren eben die Hundertschaften auf und fragen die Politik, ob angebracht oder unangebracht, auf die Straße. Auch die Lohnpolitik. Wer ständig den Arbeitern in den Ohren liegt und ihnen predigt, daß diese Selbstschutzorganisationen unbedingt nötig seien, der darf sich nicht wundern, wenn diese auch anfangen, sich zu betätigen und das, was sie den Klassenkampf nennen, auf eigene Faust zu führen. Insofern trägt auch die Zentrale der KPD ihr gerüttelt Maß voll Schuld an den Ereignissen im Ruhrgebiet. Wer Selbstschutzorganisationen schafft, organisiert den Bürgerkrieg, gleichviel, ob er rechts oder links steht. Und in unserer mit Zündstoff gefüllten Zeit ist es nicht schwer, die Flammen auszulodern zu lassen, zumal wenn der Disziplinbruch als etwas Selbstverständliches gelehrt wird, wenn es sich um die Reihen der Gegner handelt. Solchen Leuten fällt es natürlich schwer, überhaupt Disziplin zu halten, und sie fühlen sich nur allzu leicht im Recht auch dem eigenen Oberkommando gegenüber.

Aber marschieren können die kommunistischen Hundertschaften doch nur dort, wo sie Boden unter die Füße bekommen, und die, die den Boden bereiten, fragen die Hauptschuld an den Vorkommnissen im Ruhrgebiet. Und das sind all die, die trotz der Geldentwertung von dem Arbeiter verlangen, daß er sich in Geduld üben solle. Es hat eben alles seine Grenzen, auch die gewiß wirklich große Geduld der Arbeiter. Wenn er sieht, wie die Preise der Waren in gar keinem Einklang zu seinen Einkünften stehen, wie Wucherer und Spekulanten die Volksnot ausnützen, und wie Regierung und Unternehmer Arm in Arm die Löhne niedrig zu halten sich bemühen, dann reißt der Geduldssaden. Damit soll nicht gerechtfertigt werden, was im Ruhrgebiet geschehen ist. Lohnbewegungen werden nicht auf der Straße geführt, und schließlich haben ja auch die Gewerkschaften den gründlich verfahrenen Karren wieder ins Gleis heben müssen. Aber erklärlich ist, daß die Arbeiter ungeduldig wurden.

Es ist den Unternehmern natürlich nicht angenehm, daß ihnen Vorwürfe auch von den Seiten nicht erspart geblieben sind, die sonst mehr Zurückhaltung üben oder mit ihnen gehen. Das hat maßgebende Kreise aus dem Unternehmerlager veranlaßt, sich an die Öffentlichkeit zu wenden und darzutun, daß kein Kind so rein ist wie

die deutschen Unternehmer. In der Nr. 254 des „Berl. Tagebl.“ schrieb Dr. Kändler, der Geschäftsführer der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, über Arbeitgeber und Lohnentwicklung, und in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 3. Juni veröffentlichte der Berliner Großindustrielle v. Vorfig einen Artikel über Arbeitgeberschaft und Lohnforderungen. Beide spannen denselben Faden. Danach hat die Industrie nur das Bestreben, die Lebensfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu erhalten, und dazu gehört, daß die Inflation hintangehalten wird, was wiederum bedingt, daß den Arbeitern nicht zuviel Papiermark in die Hände gegeben werden dürfen. Darum das ernsthafteste Bestreben, bei der Gewährung von Lohnerhöhungen so zurückhaltend wie möglich zu sein. Die Unternehmer meinen es nur gut, sie werden aber schmählich verkannt, selbst vom Reichsarbeitsministerium, das aus Anlaß der Preispreiserhöhung für die Erhöhung der Löhne eingetreten ist und den verhandelnden Stellen für Verhandlungen bei Lohnerhöhungen eine Marschrouten gegeben habe. Daß die Marktstützungsaktion der Regierung sofort dazu benutzt werden mußte, die Bremse bei Lohnforderungen anzuziehen, ist selbstverständlich.

Hier liegt aber gerade der Haken. Es war nur natürlich, daß die Regierung, als das Ruhrgebiet besetzt wurde, alles tat, um eine Panik zu verhüten, und daß sie insbesondere die Reichsbank veranlaßte, den Dollarstand herabzudrücken. Aber jedermann war sich doch klar, daß es sich hierbei nur um eine vorübergehende Maßnahme handeln konnte. Darum war es doppelt verwerflich, daß das Wirtschaftsministerium sofort den Unternehmern den Rücken steifte, indem es die Parole ausgab, keine Lohnerhöhungen zu bewilligen. So kam, was kommen mußte. Die Unternehmer folgten diesem Wink nur allzu gern. Die Preise kümmerten sich leider nicht um die Marktstabilisierung, sie sanken nicht mit dem Dollarkurs; dort, wo es der Fall war, wurde es durch Preissteigerungen auf anderen Gebieten reichlich ausgeglichen. Nur die Löhne wurden stabilisiert. Im übrigen richteten sich Industrie und Handel auf den kommenden Marksturz ein. Darum der Fehlschlag bei der Goldanleihe und die Devisenaufkäufe. Beides beschleunigte den unvermeidlichen Sturz der Mark. Als dieser kam, standen ihm die Arbeiter mit vollständig leeren Händen gegenüber. Hatten bisher die Löhne schon nicht ausgereicht, so waren sie bei der hereinbrechenden Teuerung überhaupt ein Nichts. Wenn die deutschen Unternehmer wirklich die weitestschauenden Wirtschaftspolitiker wären, dann hätten sie auch in der Lohnfrage solchen Verhältnissen vorgebeugt. Absolut kein Grund dagegen ist der, daß damit der Inflation die Tür noch weiter geöffnet worden wäre, denn gerade in der Zeit der Marktstützungsaktion erlebten wir doch eine Inflation wie nie vorher. Billionen und nochmals Billionen Papiergeld wurden auf den Markt geworfen, mußten der Ruhraktion wegen auf den Markt geworfen werden. Wie diese Papiergeldmengen den Stand der Mark schließlich beeinflussen mußten, war vorauszu sehen. Die Niederhaltung der Löhne war kein Mittel, hier lindernd zu wirken. War die Stützungsaktion der Mark ein aus politischen Gründen zu billigender Versuch, innerpolitische Verwicklungen hintanzuhalten, so hätte doch zugleich mit ihr Hand in Hand eine verständige Lohnpolitik getrieben werden müssen. Das war eine politische und wirtschaftliche Notwendigkeit. Es mußte zu verhalten versucht werden, daß die Arbeiter eines Tages vollständig vor dem Nichts standen. Immer sind es die Arbeiter, denen die Lasten zufallen. Die Unternehmer haben sich gesichert. Sie haben kalten Blutes der Regierung die Mittel verweigert, die diese durch die Goldanleihe verlangte. Sie haben verstanden, die von der Reichsbank zur Stützung der Mark auf den Markt geworfenen Devisen an sich zu ziehen, zum Teil mit Krediten, die ihnen dieselbe Reichsbank gewährte. Es ist stets das alte Spiel. Wenn die Unternehmer von der Wirtschaft reden, dann meinen sie nur sich. Der Arbeiter kann sehen, wo er bleibt. Ist es ein Wunder, wenn diese in ihrer Not dann Handlungen begehen, die sie sonst selbst verurteilen?

Es ist eben das Unglück, daß die Unternehmer von den Arbeitern nur so denken, als seien diese eine Sache ohne Fleisch und Blut. Als seien sie Schachfiguren ohne eigenen, durch die Verhältnisse dirigierten Willen. Sonst wäre ihre Lohnpolitik ebenso wenig denkbar wie das Garantieangebot des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Die weitestschauende Wirtschaftspolitik der Unternehmer beruht lediglich auf dem Grundsatz, daß der Arbeiter sich alles bieten lassen müsse und daß die Gewährung der deutschen Wirtschaft auf Kosten der Arbeiter zu erfolgen habe. So geht es nicht. Gerade die Arbeitskraft, der wertvollste Bestandteil unseres Nationalvermögens, ist in erster Linie zu schützen und zu schonen.

„Goldlöhne“.

Entschließungen nachfolgenden oder ähnlichen Inhalts flattern uns jetzt auf den Schreibtisch:

Resolution.

Die Arbeiterschaft der Zahlstelle fordert hiermit von dem Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes zu Hannover, beim ADGB darauf hinzuwirken, daß der Lohn der gesamten Arbeiterschaft nach Goldwährung gezahlt wird. (Vergleiche Muster in Oesterreich.)

Wir erwarten, daß dieser Antrag bei den zuständigen Stellen sofort in die Wege geleitet wird. Die Ortsverwaltung. (Unterschrift.)

Eine gerade nicht kleine Mitgliedschaft glaubt in ihrem Beschluß nun die Lösung der Sozial- und Wirtschaftssübel, die uns bedrücken, gefunden zu haben. Kurz und bündig wird vom Vorstand die Ausföhrung gefordert, und zwar sofort. Es ist uns nicht bekannt, wer in der Versammlung den Antrag begründet und das vergleichende Muster Oesterreich zur Beweisföhrung herangezogen hat. Tatsache ist, daß man in Oesterreich Goldlöhne nicht hat. Dort fängt das Schlagwort genau so wie in Deutschland erst zu jänden an. Zum heiligen erlösenden Feuer, in dem die Ketten der Not und Entbehrung schmelzen, ist es noch nicht geworden. In einem Aufsatz, den die Wiener „Arbeit und Wirtschaft“, Organ der Gewerkschaftskommission, Arbeiterkammern und Betriebsräte Oesterreichs, an leitender Stelle bringt, wird darauf hingewiesen,

daß jetzt in einer Angestelltenorganisation sogar die Forderung nach der Regelung der Gehälter nach dem Stand der Goldkrone sich bemerkbar macht. So etwas wäre gefährlich. In den letzten Monaten stieg die Lebenshaltung, die Goldkrone verhartete auf ihrem Stand. Da würden die Gehälter also an ihrem Wert verlieren, wollte man sie nach der Goldkrone bemessen.

Der Verfasser lehnt einmal die Goldkrone als wertbeständigen Zahlungsfaktor ab, bezeichnet sie als gefährlich und beweist, daß man in Oesterreich ebensowenig Goldlöhne hat wie in Deutschland. Mit dem empfohlenen Muster Oesterreich ist es also diesbezüglich nichts.

Was ist in Oesterreich die Basis des Lohnaufbaues gewesen und ist es noch? Nach dem Eisenbahnerstreik in Oesterreich wurde ein Indergeßes geschaffen, mit der Zweckbestimmung, amtlich die Höhe der Lebenshaltung zu ermitteln. Die Löhne und Gehälter der Staatsarbeiter und Beamten sollten entsprechend der ermittelten Steigerung allmonatlich erhöht werden. Diese Übung hat sich auch auf die Industrie übertragen. In der Metallindustrie und für die Privatangestellten wurden paritätische Kommissionen gebildet, die nach einer eigenen Methode den Inder errechneten. In den übrigen Industrien benutzte man die amtlichen Zahlen als Grundlagen. Wenn das System zwingend gewesen wäre, dann hätten Lohn und Gehalt sich jeweils automatisch um die Steigerungssätze der Teuerung erhöhen müssen. Das ist aber nicht der Fall gewesen. Um die Steigerungssätze wurde gefeilscht und gehandelt. Je nach der Wirtschaftskonjunktur rückten Arbeitgeber oder Arbeiter von ihrem Standpunkt ab. Zum Beispiel mußten im Juni des abgelaufenen Jahres die Buchdrucker bei einer Teuerungsssteigerung von 71 Prozent sich damit einverstanden erklären, daß nur 57 Prozent auf die Löhne geschlagen wurden. Zwangsläufiger Aufbau der Teuerungsssumme der gesamten Lebenshaltung auf dem Lohn ist es, worin die Lohnempfänger die Wertbeständigkeit erblicken. Schutz gegen Geldentwertung heißt also das Problem, das zu lösen ist.

Ist es in Oesterreich gelöst? Nein! Wie in Heft 2 der „Wirtschaftskurve“ 1923 S. 47 nachzulesen, ist es nur wenigen Arbeiterschichten, und zwar fast nur solchen, die im Frieden besonders schlecht entlohnt waren (Arbeitern der Seifenindustrie, der gemischten Großindustrie und Expeditionskauffahrern), gelungen, ihre Löhne entsprechend der Geldentwertung oder noch darüber hinaus zu steigern. Dagegen sind die Lohnerhöhungen bei hochqualifizierten Arbeitern weit hinter der Teuerung zurückgeblieben. Die Kaufkraft der Löhne, berechnet nach der amtlichen Inderziffer der Lebenshaltung, ist seit Dezember 1922 in allen Berufsarten gesunken. Also was unsere Kollegen, die mit den Einzelheiten der Sache nicht so vertraut sind, von dem österreichischen Lohnsystem erwarten, einen wertbeständigen Reallohn, ist in Oesterreich ebensowenig erreicht wie in Deutschland.

Aber eine andere Seite des österreichischen Lohnsystems haben wir uns anzusehen. In dem bereits angeführten Heft der Wiener „Arbeit und Wirtschaft“ läßt sich an leitender Stelle Eduard Straß über die „Lohnpolitik der Gewerkschaften“ aus. Es ist ein ungeheuer trübes Kapitel, das in Oesterreich sich da entwickelt hat. So trübe, daß der Verfasser den Standpunkt vertritt:

Der in nächster Zeit tagende österreichische Gewerkschaftskongress müsse sich mit der Lohnpolitik befassen. Doch lassen wir den Artikelschreiber selbst reden:

Schon bei der Frage, in welcher Form die Löhneverhältnisse bei den Löhnen zu berücksichtigen sind, ergibt sich die Wichtigkeit des Vorgehens. Hier sind es einfache Löhneverhältnisse auf die Löhne, die verlangt werden, dort Familien- oder Kinderzulagen, hier gleichende Zulagen nach dem Gesamtverdienst, dort gleichende neben starren Zulagen. Bei solch verschiedenen Einrichtungen wird die eine Gruppe gegen die andere ausgespielt. Ein Teil ist immer über den anderen ungenügend. Ein großer Zentralverband ist gegen das Indexsystem, die anderen sind dafür. Nach verschiedenen Grundrissen wird der Index ermittelt. In dem einen Falle wird er bedingungslos angewendet und jede Lohnerhöhung zur Schablone, im anderen Falle ist der Index nur das an der Wand hängende Barometer, dessen graduierender Stand man abliest.

Unsere Kollegen, die für das österreichische System sich begeisterten, werden mit uns darin übereinstimmen, daß wir in Deutschland uns glücklich preisen können, ein solches Durcheinander in den Lohnbewegungen nicht zu haben.

Gibt es nun überhaupt ein Mittel, den Lohn wertbeständig zu machen? Es hat keinen Sinn, den Löhneplaf für enttäuschte Hoffnungen um eine zu vermehren. Wie immer die Sache genannt werden mag: Goldlohn, wertbeständige Bezahlung, Reallohn, sobald sie nicht die Tendenz hat, die Papiergeldflut einzudämmen, bleibt sie ein Schlag ins Wasser. Die Papierflut schwemmt alles wieder hinweg, was die Geldentwertung lindern oder gar verhindern soll. Darüber muß man sich im reinen sein. Zerrüttung des Rohstoffmarktes, Zerfall des Auslandsabsatzes, allgemeiner Mangel in der Volkswirtschaft, Spekulation, Wucher, Preistreiberi, Unsicherheit und Ungewißheit in Wirtschaftsfragen und darüber, wie die Finanzverpflichtungen sich nach Abschluß des Ruhrkampfes gestalten werden, das sind die Einzelerscheinungen, die in jener Gesamtwirkung in Erscheinung treten, die wir Geldentwertung nennen. Es ist also nicht nur eine Quelle, die die Not der Lohn- und Gehaltsempfänger, Sozialrentner, Kriegserntner fortgesetzt wachsen läßt. Um die genannten Quellen dieses Wirtschaft- und Währungsverfalls zu verstopfen, ist zum mindesten der politische Machtfaktor: Mehrheit in den gesetzgebenden Körperschaften und der Regierung neben Maßnahmen außenpolitischer Art erforderlich. Die gegenwärtige Mehrheit will aber just das Gegenteil von dem, was die Arbeiterschaft und ihre Vertretung als notwendig erkannt haben. Die Verbandsleitung und auch der Bundesvorstand kann die erforderliche Mehrheit in Parlament und Regierung nicht schaffen und damit auch nicht die Voraussetzungen, die für die Erreichung von wertbeständigen Löhnen unbedingt erforderlich sind.

Eine Aufforderung des Verbandsvorstandes an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, alle gewerkschaftlichen Mittel zur Erreichung von „Goldlöhnen“ einzusetzen, würde diese Körperschaft mit einer Aufgabe betrauen, die sie nicht durchführen kann. Dieses zu tun, widerstrebt der Auffassung des Verbandsvorstandes. Für die Erhöhung der Löhne, für die Anpassung der Löhne an die Löhnerzeugung die ganze Kraft des Verbandes einzusetzen, hierzu bedarf es keiner Aufforderung. Dieses geschieht ohnehin. A. Bren.

Weltwirtschaft und Politik

Der Begriff „Weltwirtschaft“ sollte in erster Linie darüber Aufschluß geben, wie sich die freien Kräfte der Wirtschaft im internationalen Verkehr auswirken. Sucht man ihn aber von diesem Gesichtspunkt aus zu erfassen, so sieht man alsbald auf politische Faktoren, auf die Rolle des Staates, der immer mehr einen ausschlaggebenden Einfluß auf den Ablauf der wirtschaftlichen Entwicklung gewinnt. Dieser Einfluß erhält seine besondere Gestalt von der Verteilung der Machtverhältnisse innerhalb des Staates. Derjenige Staat, der auf imperialistische Eroberungen und Machtverweigerungen ausgeht und von den Kräfte des Militärs und anderer kriegerischer Schichten gespeist wird, drückt der Weltwirtschaft seinen Stempel ebenso auf wie gleichzeitig der Kapitalismus, in welchem das schwerindustrielle und das Finanzkapital der Wirtschaftspolitik die Wege vorschreibt. Diese beiden Mächte sind gegenwärtig die herrschenden, und daher bewegt sich die staatliche Wirtschaftspolitik der großen Länder fast allgemein in imperialistischen und kapitalistischen Bahnen. Aus diesem Grunde hat die nachstehende Rundschau über die letzten Wochen dieserzeitigen Ereignisse zum Gegenstand, welche sich auf dem Gebiete der Politik abspielten und durch imperialistische Kräfte bestimmt worden sind.

Die drei wichtigsten Fragen, welche über die Zukunft der Weltwirtschaft entscheiden, sind vornehmlich politische Natur: des Reparationsproblems, die Frage des nahen Ostens und die Rolle Russlands in der Weltwirtschaft. Die Geschichte der letzten Wochen steht unter dem Zeichen dieser Fragen.

Der Kampf der Reparationsfrage kennen sich sämtliche Kräfte entgegen, welche in der gegenwärtigen Periode der Weltwirtschaft eine herrschende Stelle einnehmen. Der französische Imperialismus will sich zu einer normativen Regelung der Reparationsfrage nicht hergeben; er will Eroberungen und Annexionen. Der deutsche Nationalismus, der dem Geiste nach denselben militärischen Einschlag hat, verhindert, daß Deutschland ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Reparationsangebot vorlegt, das einer Entwirrung die Wege bahnen könnte. Die Gläubigerstaaten England und die Vereinigten Staaten von Amerika führen keinen Finger, um durch Schuldentilgung, die unter Umständen ihren Steuerzahlern, vornehmlich der besitzenden Klassen, Opfer auferlegen würde, die Reparationsfrage einer Lösung näher zu bringen. Somit stehen die Verhandlungen über die Reparationsfrage an einem solchen Punkt, die totale

Gewaltanwendung der französischen Soldateska erhöht den Haß und die Erbitterung in Deutschland; die deutsche Wirtschaft gerät infolge der Ruhrbesetzung in wachsende Not und Elend, und auch Frankreich bekommt die wirtschaftlichen Nachteile der Ruhrbesetzung zu spüren. Freilich gibt es auch Nutznießer der Ruhrbesetzung in Deutschland sowohl wie in Frankreich; auch stehen manche Industrien Englands, der Tschechoslowakei usw. zeitweiligen Nutzen aus ihr, indem sie für die ausbleibende deutsche Produktion einspringen. Die Interessen dieser Schichten sind einer Entwirrung ebenfalls nicht förderlich.

Die Regelung der Fragen in bezug auf den nahen Orient hat eine große wirtschaftliche Bedeutung: es handelt sich darum, ein vielverheißendes Wirtschaftsgelb für Europa wieder zu erschließen. Die zweite Konferenz in Lausanne zeigt eine wesentliche Wandlung der politischen Rollenverteilung. War noch auf der ersten Konferenz eine geheime Einheitsfront Frankreichs und Russlands mit der Türkei zu verzeichnen, so zeigt die zweite Konferenz eine Wendung der türkischen Politik: heute unterstützt England die türkische Politik gegen die französische und russische Diplomatie. Ausschlaggebend für England waren hierbei imperialistische Interessen in bezug auf seine Seeherrschaft (Maritimus): Die Türken haben ihm das Recht eingeräumt, seine Kriegsflotte sowohl im Krieg wie im Frieden im Schwarzen Meer zu unterhalten. Dadurch ist die Türkei für die englischen Machtinteressen gefahrlos geworden und gleichzeitig erhielt England eine mächtige Waffe gegen Russland, dessen Häfen es mit seinen Kanonen dauernd bedrohen kann. Die französische Diplomatie fürchtet die Türkei in Syrien und ist außerdem wegen der Frage der Eisenbahn- und Bergwerkskonzessionen in Kleinasien, die ihm trotz einer vor dem Kriege geschlossenen Vereinbarung jetzt verweigert wurden, erbittert. Die Vereinigten Staaten stehen als lachende Erben im Hintergrund. Ihr Kapitalreichtum sucht nach neuen Absatzgebieten für amerikanische Waren und Kapitalien; hinter dem vielbesprochenen Chesterplan steht die Unterstützung der amerikanischen Diplomatie. Der Wettkampf dieser Mächte erschwert eine der gesamten Weltwirtschaft Nutzen bringende Lösung der Orientfrage.

Vom weltwirtschaftlichen Standpunkt aus nicht weniger wichtig wäre die Wiedereinführung Russlands in die Weltwirtschaft. Das Ultimatum Englands an Russland, das das englisch-russische Verhältnis aus geringfügigen Ursachen schwer bedroht, zeigt, daß die herrschenden politischen Kräfte Englands die Wiederherstellung der russischen Wirtschaft nicht zu fördern, sondern vielmehr zu unterbinden trachten. Es scheint, daß man in England auf einen Wechsel des russischen Regierungssystems hoffe, der den kapitalistischen Interessen besser Rechnung tragen würde als das bestehende System, trotzdem die russische Regierung dem ausländischen Kapitalismus bereits weitgehende Zugeständnisse eingeräumt hat.

Unter den internationalen Fragen, die weiter von Bedeutung für die Weltwirtschaft sind, spielt die chinesische eine große Rolle. Das Augenmerk der Diplomatie der Vereinigten Staaten richtet sich immer mehr auf dieses Land, dessen zentrale Regierung vollkommen ohnmächtig ist und wo einzelne Teile des Riesensandes von militärischen Machthabern beherrscht werden. Der jüngste Konflikt zwischen Japan und den Vereinigten Staaten, der sich um Gebietsfragen drehte, war noch nicht erledigt, als die jüngst erfolgte Auspländierung und Verhaftung europäischer Reisender auf der Chantung-Bahn durch chinesische Soldaten neue internationale Verwicklungen brachte. Die Großmächte behalten die Zolleinnahmen des Landes, der Staat kann seine Soldaten nicht bezahlen, daher bestreihen sich diese der Räuberei. Dieses wiederum gibt den Großmächten einen willkommenen Anlaß, ihre Macht über China zu erweitern, worüber sie miteinander in Konflikt geraten. Die Stelligkeiten unter den Großmächten stützen sich auf den Grundlaß der „offenen Tür“, das heißt, der Gleichberechtigung auf dem chinesischen Absatzgebiet. Dieser Grundlaß wird aber in der Regel so verstanden, daß jede Großmacht gegen die Absperrung Widerspruch erhebt, die sie selbst betrifft, dagegen alles anbietet, um durch Konzessionen und Monopole die anderen auszusperrten. Die chinesische Frage dürfte in kurzem Konflikte von großer Bedeutung unter den imperialistischen Mächten herbeiführen.

Sehr fröhlich sind dagegen die Berichte, welche von einer Verständigung über internationale, für die Weltwirtschaft wichtige Fragen berichten. Die Anerkennung Mexikos seitens der Vereinigten Staaten soll angeblich mit einiger Wahrscheinlichkeit erfolgen. Die junge soziale Republik muß einen hohen Preis dafür zahlen, sie muß sich den Profitinteressen des amerikanischen Öl- und Bergwerkskapitals ausliefern. — Die Beschlüsse des pan-amerikanischen Kongresses in Santiago sind uns vorerst nicht vollständig bekannt. Aus den zugänglichen Berichten haben wir den Eindruck, daß dieser sowohl in der Abrüstungsfrage wie in bezug auf die wirtschaftliche Verbindung der amerikanischen Länder nur sehr mäßige Ergebnisse gezeitigt hat. — Die Reise des ungarischen Ministerpräsidenten nach London und Paris behufs Aufhebung des Generalpandentes der Entente, damit Ungarn eine ausländische Anleihe aufnehmen kann, ist ebenfalls zu einer internationalen Frage geworden, an welcher die Länder der sogenannten „kleinen Entente“ beteiligt sind. (Die Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien, Polen.) Der gegenwärtig in Ungarn herrschende militärische Geist verhindert das friedliche Zusammenwirken dieses vom Schicksal schwer heimgesuchten Landes mit den neuen Nationalstaaten, welche übrigens, wenn auch in etwas milderer Form, ebenfalls von Kräfte eines überhöhten Nationalismus geleitet werden. Solange eine Verständigung zwischen diesen Ländern nicht erzielt werden kann, wird Ungarns Volkswirtschaft dahinsinken. Nur ein friedliches Zusammenleben könnte der Zerrüttung seiner Währung und der Verschlechterung seiner Zahlungsbilanz Einhalt gebieten. Hierzu wäre aber ein radikaler Systemwechsel in diesem Lande notwendig. —

Die Reise des französischen Feldmarschalls Foch in Polen und der Tschechoslowakei trägt zwar einen militaristischen Charakter; nichtdestoweniger ist sie auch für die Gestaltung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse nicht belanglos. Ganz besonders trifft das in bezug auf Polen zu, das nicht nur durch militaristische, sondern auch durch wirtschaftliche Bindungen an Frankreich gekettet ist. Sicherlich wurden neue Rüstungen und Munitionslieferungen vereinbart, die die französische Rüstungsindustrie liefern wird. In Verbindung mit dem militaristischen Bündnis nimmt aber das französische Rentenskapital die Industrie Polens immer mehr in Besitz. — Recht bezeichnend für den Geist des europäischen Imperialismus ist die Reise des englischen Königs nach Italien. Aus diesem Anlaß feiert der reaktionäre englische Außenminister Lord Curzon den italienischen Ministerpräsidenten Mussolini als Nationalhelden und stellt diese Persönlichkeit als leuchtendes Vorbild hin. Zu gleicher Zeit bereitet er einen Bruch mit Russland vor, dessen Regierungssystem ihm verhaßt ist. Beide Regierungen haben die Macht mit Anwendung von Gewaltmitteln ergriffen. Während aber der Bolschewismus für die gewalttätige Machtergreifung die Entschuldigun hat, daß sie nach dem Zusammenbruch des Krieges erfolgte und das zerfallene Russland aus einem Chaos der Auflösung durch Aufrichtung einer Zentralmacht gerettet hat, hat der italienische Faschismus eine demokratische Staatsmacht mit den Waffen des Terrors gestürzt, nachdem er ihre Stellung durch ständige unerhörte Grenzübertretungen untergraben hatte. Hier sehen wir die tiefe Verderbtheit des kapitalistischen Geistes, dem die Diktatur nur verhaßt ist, solange sie seinen Macht- und Geldinteressen entgegensteht, das ihr aber begeistert jubelt, sobald er Vorteile von ihr zu erwarten hat. England ist der große Kohlenlieferant Italiens; auch gehen ihre Wege in der auswärtigen Politik, in der Reparationsfrage und den Fragen des nahen Ostens zum Teil zusammen, daher die große Begeisterung. Der Handelsverkehr Englands mit Russland zeigt dagegen vorläufig noch sehr bescheidene Ziffern; 8—14 Millionen Pfund im letzten Jahre. Der englische Imperialismus kann demnach den Bruch mit Russland riskieren, ohne die Geschäfte der Kapitalisten wesentlich zu kören.

Diese flüchtige Rundschau zeigt, daß wir in all diesen Ländern von einem Volksstaat, dessen Politik im Interesse der ganzen arbeitenden Bevölkerung geführt werden sollte, heute weiter entfernt sind als je. Das Schicksal der Völker wird weiter von den alten Kräften der geheimen Diplomatie, des Militärs und des Hochkapitalismus geleitet, den gleichen, welche die Welt erst vor kurzem in den Abgrund gestürzt haben.

Rückgang der Arbeitslosigkeit im Verbands der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Die Anfang Juni erfolgte statistische Feststellung über den Umfang der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit innerhalb unseres Verbandes am Ende des Monats Mai hat ergeben, daß sowohl Arbeitslosigkeit als auch Kurzarbeit gegenüber Ende April ganz erheblich zurückgegangen sind. Während Ende April 42 777 Vollarbeitslose und 147 592 Verkürzungsarbeitende festgestellt wurden, waren es Ende Mai 29 940 Vollarbeitslose und 86 553 Kurzarbeiter. In Verhältniszahlen ausgedrückt, waren von je hundert Mitgliedern, über die berichtet wurde: Ende April 7,3, Ende Mai 5,06 voll arbeitslos; verkürzt arbeiteten Ende April 23,5 v. S., Ende Mai 14,6 v. S. Die Zahl der verkürzt arbeitenden Betriebe, soweit sie von der Berichterstattung erfaßt wurden, fiel Ende Mai auf 1323 gegenüber 2109 Ende April.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Ein neues Salzsteuer-Gesetz.

Dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat ist von der Regierung ein Entwurf eines neuen Salzsteuer-Gesetzes zur Begutachtung zugegangen. Soweit wir unterrichtet sind, hat auch der Reichsrat zu diesem Entwurf bereits Stellung genommen, weil die Regierung Wert darauf legt, daß das Gesetz noch vor den Sommerferien des Reichstages verabschiedet wird und am 1. September dieses Jahres in Kraft treten kann.

Nach dem jetzt noch bestehenden Gesetz vom Mai 1887 unterliegt das zu menschlichen Genußzwecken im Inland verwendete Salz einer Steuer von 12 Mk. für den Doppelzentner, das sind also 0,12 Mk. für ein Kilogramm. Bei einem Kleinverkaufspreis von etwa 0,20 Mark für ein Kilogramm betrug die Steuer in der Vorkriegszeit rund 60 Prozent des Verkaufspreises. Zweifellos war diese Einnahme damals für den Staat von nicht zu unterschätzender Bedeutung, denn die Einnahmen beliefen sich auf zirka 60 Millionen Mark jährlich (1913 2,8 Prozent der gesamten Reichseinnahmen. D. Schriftl.).

Da das Gesetz heute noch Gültigkeit hat, dürfte sich die Einnahme wesentlich nicht erhöht haben. Die Statistik des reichsstatistischen Amtes gibt für das Jahr 1920 die Summe von 70 Millionen Mark an. Zur Erhebung dieser Steuer ist ein Stab von Steuerbeamten tätig; auf jedem Werk ist eine besondere Steuerstelle eingerichtet, der ganze Betrieb steht unter Steueraufsicht, sämtliche Räume, in denen Salz lagert, sind unter Steuerverschluss und es darf kein Salz in den Verkehr gebracht werden, welches nicht vorher der Steuerbehörde angemeldet ist. All diese gesetzlichen Steuermaßnahmen müssen eingehalten werden, soweit es sich um Speisesalz handelt. Jedoch unterliegt auch das Viehsalz und alles Stein- und Verwendungs salz, der Steueraufsicht insofern, daß dieses Salz denaturiert, also zu menschlichen Genußzwecken unbrauchbar gemacht werden muß. Als Denaturierungsmittel werden hierzu Petroleum, Schwefelsäure, Bismutärsenpulver, Eisenoryd, Mennige, Braunstein,

Braunkohlen- oder Steinkohlenmehl, Kleinstück, Seifenpulver und andere Mittel gebraucht.

Wenn die Salzsteuer, wie oben schon gesagt, in der Vorkriegszeit für den Staat von nicht zu unterschätzender Bedeutung war, so ist dieselbe unter heutigen Verhältnissen direkt Unsin und es wäre das Vernünftigste, wenn die ganze Steuer aufgehoben würde.

Der Entwurf des Gesetzes sieht eine Änderung in dreifacher Richtung vor. Erstens den Fortfall der Salzabgabebefreiung, zweitens die Vereinfachung der Steueraufsicht und drittens die Erhöhung der Steuer von 12 Mk. auf 1000 Mk. für den Doppelzentner.

In welchem Umfange die Steuer zur Anwendung kommen soll, darüber ist sich anscheinend auch die Regierung nicht ganz im klaren, denn man weiß noch nicht, ob auch das Hüftensalz von der Steuer erfasst werden soll.

Gegenüber der Kohlensteuer, wenn wir diese als Vergleich einmal heranziehen wollen, welche 30 Prozent des Verkaufspreises ab Werk beträgt und gewissermaßen eine Wertsteuer ist, ist die Salzsteuer zwar gering, wir verwerfen jedoch die Kohlensteuer genau so wie die Salzsteuer.

Durch die Erhöhung der Steuer und den Fortfall der Abgabebefreiung von Salzen zu gewerblichen Zwecken usw. wird die jährliche Salzsteuererhebung auf mindestens 13 Milliarden Mark geschätzt.

Aufgabe unserer Vertreter im Reichstag wird es sein müssen, wenn nicht die ganze Steuer zu beseitigen, so wenigstens dafür zu sorgen, daß die Erweiterung der

Abgabe auf Salze zum Einpökeln, Räuchern usw. von Fischen und dergleichen verhindert wird. Für den größten Teil der werktätigen Bevölkerung ist Fleisch heute schon ein Luxusartikel, der im günstigsten Falle nur noch Sonntags auf den Tisch kommt.

Papier-Industrie

Während die derzeitigen Lenker des deutschen Reiches besorgt der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der kommenden Tage auf dem Welttheater entgegensehen, während Millionen deutscher Arbeitsschaffender ans Nahrungsfragen verdrängen und während Tausende deutscher Papierarbeiter mit ihren Frauen und Kindern den härtesten Kampf um eine künftige Existenz führen müssen, haben die deutschen Holzstoff-Fabrikanten Kleider-

Angelobig wird mancher Papierprolet nach dem Lesen dieser Zeilen und nachdem er seine in Lumpen gehaltenen Familienmitglieder noch einmal von oben bis unten aufmerksam betrachtet hat, lächeln, weil er sich die Frau Holzstoff-Fabrikantin in Holz-

Und doch sind diese Kleiderfragen bei den Holzstoff-Fabrikanten vorhanden. Wochenlang haben sich die führenden Meister der deutschen Holzstoffindustrie den Kopf darüber zerbrochen, in welcher Kleidung die Herren und Damen der Holzstoff-Industriellen auf ihrer Hauptversammlung am 7. Juni d. J. in Dresden erscheinen sollen.

In der heutigen Zeit, in der aus den Unternehmungskreisen fast ständig die Klage über Deutschlands Not und über den wirtschaftlichen Zusammenbruch der deutschen Industrie ertönt, dürften solche Fragen nur wirklich schwer zu lösen sein.

Industrie der Steine und Erden

Eine Entscheidung des Reichsarbeitsamts Steine und Erden zur Urlaubsberechnung bei verkürzter Arbeitszeit.

In den Industrien Steine und Erden wurde in den letzten Monaten stark verkürzt gearbeitet. Die Arbeitgeber benutzten diese Gelegenheit, um die Frage der Urlaubsberechnung bei verkürzter Arbeitszeit aufzuwerfen.

Bei Urlaub gemäß § 24 RAB. kommen nur Arbeitstage in Betracht. Die Entlohnung erfolgt nach dem jeweiligen Stundenlohn, gerechnet in der Regel mal 8. Bei Kurzarbeit erfolgt die Entlohnung nach dem jeweiligen Stundenlohn, multipliziert mit der Zahl der Arbeitsstunden, die der Urlaubsberechtigte, wenn er zu dieser Zeit in dem Betrieb gearbeitet hätte, hätte leisten müssen.

Wenn der Schiedspruch besagt, daß bei Berechnung des Urlaubs nur Arbeitstage in Betracht kommen, so ist damit entschieden, daß Sonn- und Feiertage auf den Urlaub nicht angerechnet werden können.

Die Berechnung des Urlaubs bei Kurzarbeit ist nach dem Schiedspruch so zu verstehen, daß der Urlaub sich an die Zahl von Arbeitsstunden verlängert, als im Betrieb verkürzt gearbeitet wird. J. B.: Jemand hat 6 Tage Urlaub. Im Betrieb wird täglich nur 4 Stunden gearbeitet, so hat der Urlauber an Stelle von 6 Arbeitstagen zu acht Stunden einen Urlaub von 12 Arbeitstagen zu je vier Stunden. Nach § 36 des RAB. wird unbenuetzter Urlaub nicht vergütet.

Die wirtschaftliche Not der Bankoff-Industrie.

Wir geben im Nachfolgenden einige Anzüge aus der Zeitschrift die von der Reichsarbeitsgemeinschaft Steine und Erden, den Parlamenten und Regierungen über die Krise in der Bauwirtschaft unterbreitet wurde:

ist in diesem Frühjahr nahezu vollständig zum Stillstand gekommen und hat eine Einschränkung erfahren, die selbst die Abkündigung während des Krieges übertrifft. Dieser Vorgang ist um so merkwürdiger, als bis in den Herbst vorigen Jahres hinein man eine Steigerung der Bauwirtschaft beobachten konnte.

Sorgen.

Im Freistaat Lippe, welcher vorwiegend Wandergieglerei stellt, sind ca. 25 Prozent, nämlich 7000 Gieglerei, heute noch erwerbslos. Um die Notlage dieser Leute zu mindern, sind von der Lippschen Regierung etwa 50 Millionen Mark zur Gewährung von Darlehen für diese Gieglerei zur Verfügung gestellt worden.

Im Kalkgebiet in Westfalen und im Teutoburger Wald kann dagegen in welchem Umfange nur Kurzarbeit oder es müssen Betriebe gänzlich stillgelegt werden. Besonders unglücklich ist die Lage im hannoverschen Gebiet und in Mitteldeutschland. Im hannoverschen Gebiet war es den Leuten vielfach möglich, in andere Industriezweige abzuwandern, und mehr als zwei Drittel der Arbeiterschaft ist bereits abgewandert, im Magdeburger Gebiet war dies indessen nur in geringem Umfange möglich.

Das rasche Sinken des Baustoffverbrauchs zeigt sich auch an den Abzahlplänen. Sowohl aus diese von den Spitzenverbänden der einzelnen Baustoff-Industrien zur Verfügung gestellt werden konnten und soweit Verkaufsförderorganisationen bestehen und von diesen Statistiken über den Abfall geführt werden, mögen folgende Ziffern hier wiedergegeben werden:

Table with 4 columns: Year, Month, Value, and Percentage. Shows data for 1921 and 1922 for August through December.

Table with 4 columns: Year, Month, Value, and Percentage. Shows data for 1922 and 1923 for January through March.

Rückgang von November bis März nahezu 50 Prozent. Um die Arbeiterschaft nicht entlassen zu müssen, hat die Zement-Industrie in wesentlich höherem Maße als dies früher der Fall gewesen ist, auf Lager gearbeitet und hat hierzu trotz der heutigen Kapitalnot in außerordentlich weitgehendem Maße Kapitalien festgelegt.

Table with 4 columns: Year, Month, Value, and Percentage. Shows data for 1921 and 1922 for August through December.

Während hiernach in den Wintermonaten des Vorjahres die Lagerbestände in den einzelnen Monaten gleich geblieben sind, ist von Januar 1923 an ein sehr erhebliches Steigen der Lagerbestände zu beobachten. Von Dezember bis März sind die Lagerbestände um 91 Prozent gestiegen, haben sich also nahezu verdoppelt.

Table with 4 columns: Year, Month, Value, and Percentage. Shows data for 1922 and 1923 for January through March.

Dieser Rückgang wirkt sich ganz besonders augenfällig für die Monate Januar bis März aus, zumal in diesen Monaten im Jahre 1922 Zuwachsen bis zu 50 v. H. im Verhältnis zum Vorjahre festzustellen waren. Der geringere Rückgang im Monat Februar im Verhältnis zum Jahre 1922 ist darauf zurückzuführen, daß sich das Baugewerbe im Monat Februar anscheinend mit Kalk versehen hatte, weil es auf die Belegung der Bauwirtschaft im Frühjahr rechnete.

Table with 4 columns: Year, Month, Value, and Percentage. Shows data for 1922 and 1923 for January through December.

Diese Mengen ergaben im Verhältnis zum Jahre 1921 Anwachsrückgänge bis zu 29 v. H. Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Ziegel-Industrie. Für die Manufaktur-Industrie mögen hier als Beispiel einige Zahlen der Verkaufsstelle des Markischen Bundes angegeben werden, obwohl nicht der gesamte Absatz dieses Bezirks über die Verkaufsstelle gegangen ist.

Ergebnis zu sichern. Von der Märkischen Verkaufsstelle wurden ab-

Table with 4 columns: Month, 1922, 1923, and 1924. Rows include August, September, Oktober, and November.

Der Rückgang des Absatzes in Bayern wird auf Grund von

Table with 4 columns: Month, 1922, 1923, and 1924. Rows include August, September, Oktober, and November.

Nach die Zahlen für Schlesien seien noch angeführt:

Table with 4 columns: Month, 1922, 1923, and 1924. Rows include August, September, Oktober, and November.

Das Breslauer Verkaufsjahr hat in den Monaten Oktober

von den Monaten Januar bis März 1923 3 400 000 Stück Ziegel abgesetzt,

Das Piesinger Verkaufsjahr hat im letzten Vierteljahr

1922 von seinem Gesamtumsatz 0,88 Proz. (?) im ersten Viertel-

jahr 1923 0,60 Proz. (?) abgesetzt. Der Absatz ist also im Piesinger

Bezirk nicht ganz so stark wie im Breslauer gesunken. In

beiden Veränden ist aber im April der Absatz noch weiter be-

deutend zurückgegangen. Stimmweise wird über ein völliges Stocken

des Absatzes berichtet. Nur in Oberschlesien lagen die Verhältnisse

etwas günstiger.

Von der Dachziegel-Industrie liegen uns insbesondere

Mitteilungen von dem Verband Süddeutscher Dachziegelwerke vor.

Die Vorräte der Mitgliedswerke des gesamten Verbandes sind

bereits im März auf 25 Millionen Dachziegel im Verkaufswert von

rund 10 Milliarden geschätzt worden, wobei zu beachten bleibt, daß

diese Zahl nur dann ein richtiges Bild für die Absatzsituation gibt,

wenn berücksichtigt wird, daß die meisten Werke der Kapital-

knappheit wegen überhaupt nicht auf Vorrat zu arbeiten in der

Lage und deshalb genötigt waren, zu sofortiger Betriebs-

eingrenzung bzw. Stilllegung überzugehen. Die Erzeugung ist in

Süddeutschland allgemein auf 50 Prozent eingeschränkt; die meisten

Werke arbeiten nur noch 4-6 Stunden am Tage, und zwar mit

bereits reduzierter Arbeiterzahl. Ein sehr bedeutendes Werk des

gesamten Verbandes in Württemberg hat von bisher 720 Arbeitern

440 entlassen; der Rest von 280 Arbeitern wird weiter vermindert

und arbeitet zur Zeit nur 24 Stunden wöchentlich. In Niederbayern,

wo ein engbegrenztes Gebiet acht Dachziegelwerke mit einer

Jahreserzeugung von 50 Millionen Dachziegel sich befinden, sind

bereits vier Werke vollständig stillgelegt worden. Von 22 bei

einer Besprechung am 2. März in München versammelten Dach-

ziegelwerken hat nur ein einziges, das allerdings im landwirtschaft-

lichen Gebiet operiert liegt, bis dahin noch keine wesentlichen Be-

triebsrückführungen vornehmen müssen. In kürzester Frist werden

somit die für den Markt in Betracht kommenden Werke Süd-

deutschlands zum Stillstand gekommen sein. Im Vorjahre waren

um dieselbe Zeit alle Werke voll beschäftigt und mit Aufträgen auf

4-6 Monate eingedeckt, während sie heute überhaupt keinen Auf-

tragsbestand aufzuweisen haben.

Weiter weist die Denkschrift auf den Rückgang der Naturstein-

Industrie. Der Absatz an Werksteinen ist auf ein Viertel der Vor-

kriegszeit zurückgegangen. In dem schlesischen Sandstein-

gebiet sind von 600 Steinwerken nur noch etwa 180

fähig. Infolge der Verarmung weicher Volksschichten ist das Grub-

denmal aus Naturstein heute ein Luxusgegenstand geworden, den

sich nur wenige beschaffen können.

Die Lohndarbeiter erhalten an Stelle des tarifmäßigen Stundenlohnes

Wenn es für den Unternehmer darum handelt, seinen Ge-

Arbeiterlohn und Arbeiterversicherung

Erwerbslosenunterstützung vom 4. Juni an

Die Verhandlungen des Vorstandes vom 20. 6. um eine An-

Table with 4 columns: Category, A, B, C, D/E. Rows include Männer über 21 Jahre, weibliche Personen über 21 Jahre, etc.

Die wöchentliche Unterstützung beträgt demnach:

Table with 4 columns: Category, A, B, C, D/E. Rows include Männer über 21 Jahre, weibliche Personen über 21 Jahre, etc.

Diese Sätze finden auch Anwendung bei der Berechnung der

Gewerkschaftliche Nachrichten

Der Bergarbeiterverband zu dem unionsistischen General-

streik im Ruhrgebiet

Die kommunistische Bergarbeiter-Union hatte in Verbindung

Ferner wurde die Stellung des Verbandes zu dem General-

Folgende Entschlüsse wurden in dem ersten und letzten Ab-

Die am 31. Mai 1923 in Bochum tagende Konferenz des

Die Streiks und Pünktlich der letzten Wochen mit ihrem Erfolge

Lang dieser Verhältnisse beruht auf die Konferenz die

Dieser kommunistisch-unionsistisch-syndikalistischen und anderen

Die neue Lohnregelung im Bergbau, die von der Union als die

Die Konferenz billigt ausdrücklich die Haltung des Verbands-

In letztem Absatz wendet sich die Entschliessung gegen das ge-

Die am Sonntag dem 3. Juni 1923, tagende Bezirksgeneral-

Es fällt fest, daß die Kollegen Klein und Meißner als An-

Die Bezirksgeneralversammlung stellt ferner auf Grund des

drängung der Kollegen Schirmer, Fart und Dittmann nicht in

Nach Erledigung dieses Punktes erwähnte Kollege Klein alle

Die französischen Konsulate und Missionen in Polen und der

Wir führen die Tätigkeit der französischen Mission in einer

And über die Gründe dieses in fast allen Wirtschaftszweigen

Und dazu braucht Frankreich dieses 800 000-Mann-Heer?

Es lobt den Frieden und den Wiederaufbau Europas, es legt

Politik der Zerstörung. Und die Kosten dieser Zerstörungspolitik

Armee steht heute auf deutschem Boden. Wie lange soll dieser

Christen noch währen?

Verbandsnachrichten

Von Donnerstag, den 7. Juni, an gingen bei der Hauptkasse

folgende Beträge ein:

- List of financial contributions from various regions: Hannover 2 450 550, Göttingen 200 000, Hildesheim 2 000 000, etc.

Berichte aus den Zahlstellen

Herzfelde (Roz.): Die Bezirksgeneralversammlung der Zahl-

Herzfelde vom 3. Juni beschäftigte sich mit folgender Tages-

ordnung: 1. Kenntnis des 3. Verordnungsblattes; 2. Geschäfts-

und Kassenberichte; 3. Verhandlungsgegenstände. Nach der glatten Er-

ledigung der ersten beiden Punkte der Tagesordnung gab der erste

Verordnungsblatt, Kollege Klein, beim Punkt Verhandlungsgegen-

ständen einen Bericht über die Urkunden, die zur Annahme des

Abstimmungs der Kollegen geführt hatte, die in der Metallschmelze zu

Herzfelde tagend sind. Er verlas die entscheidende Stelle aus der

Vorfälligkeit, die der dortige Verband einstimmig beschloß

hatte, und ging dann über zu dem Artikel in Nr. 119 der Roten

Zeitung für Brandenburg. Kollege Klein geleitete hier die mer-

kwürdigen Verhandlungen, die der Bericht des Artikels

hier angeführt hatte. Kollege Schirmer gab zu dem Artikel ver-

suchen, bemerkt sich jedoch, diesen eine andere Auslegung zu

geben. So z. B. solle bei der Bezeichnung „Gewalt“ und

„Gewalttätigkeit“ nicht auf die Verhältnisse der Ortsverwaltung, sondern

auf die kapitalistische Wirtschaft bezogen. Ferner soll eine Fäl-